

---

# Beschlussprotokoll des Parteitags der SP Schweiz

## Samstag, 25. Februar 2023, im Forum Fribourg

**Vorsitz:** Rebekka Wyler, Tom Cassee (Generalsekretariat SP Schweiz)  
**Protokoll:** Jessica Gauch, Lea Trogrlic, Colette Siegenthaler, Rebekka Wyler  
**Anwesend:** 480 Delegierte, rund 100 Gäste

### Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

Der gesamte Parteitag wurde live gestreamt und ist unter folgendem Link zu finden:  
<https://www.youtube.com/watch?v=VKSwhw-0GPU>

## 1. Eröffnungsgeschäfte und Begrüssungen

Der Parteitag wird von Rebeka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz, eröffnet.

Es folgen Grussworte von Thomas Gremaud, Präsident der SP Fribourg, und Alizée Rey, Freiburger Grossrätin und Kandidatin für den Ständerat.

## 2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

### Mitteilungen

Es wird auf das frei zugängliche WLAN und den Strom an den Seitenwänden der Halle hingewiesen. Eine Fotografin der SP Schweiz ist während der gesamten Dauer des Parteitages im Einsatz. Die Fotos werden von der SP Schweiz zu öffentlichen Zwecken verwendet.

### Genehmigung der Geschäftsordnung

#### Redezeitbeschränkung

Gemäss der allgemeinen Geschäftsordnung des Parteitags gilt eine Redezeitbeschränkung von drei Minuten. Bei der Behandlung von Traktanden mit sechs oder mehr Wortmeldungen wird die Zeit auf zwei Minuten beschränkt.

#### Redner:innenliste

Es gibt keinen Antrag auf Begrenzung der Redner:innenliste.

#### Wortmeldezettel

Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden. Auch Antragstellende müssen eine Wortmeldung einreichen.

### Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf eines Traktandums müssen vor Beginn des Traktandums eingereicht werden. Ordnungsanträge können kurz begründet werden. Dann gibt das Präsidium eine Stellungnahme ab, danach wird abgestimmt.

**Beschluss des Parteitags:** Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

### **Wahl der Stimmzähler:innen**

Die Liste mit den Namen wird vorgelesen.

<b>Stimmzähler:innen</b>	<b>Stellvertretung</b>
Walter Husi	Bettina Widmer
David Martinez	Luzia Abächerli
Michael Othenin-Girard	Loyse Renaud Hunziker
Liliane Brügger	Anton Haymoz
Veronique Dubois	Sousson Sattari
Arthur Heller	Conrad Krausche
Caroline Obrecht	Thomas Bruchez
Peter Fässler	Xavier Fischer
Michel Meier	Johannes Bühler
Heini Glauser	Albert Losher

**Beschluss des Parteitags:** Die Stimmzähler:innen werden gemäss vorgelesener Liste gewählt

### **Wahl der Mandatsprüfungskommission**

Karin Mader und Andreas Weibel werden vorgeschlagen.

**Beschluss des Parteitags:** Karin Mader und Andreas Weibel werden gewählt.

### **Wahl Präsident des Wahlbüros**

Dario Schai wird vorgeschlagen.

**Beschluss des Parteitags:** Dario Schai wird gewählt.

### **Genehmigung definitive Traktandenliste**

**Beschluss des Parteitags:** Die Traktandenliste wird genehmigt.

### **3. Begrüssung durch Mattea Meyer und Cédric Wermuth, Co-Präsidium SP- Schweiz**

**Redetext von Cédric Wermuth** (es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Dieses Jahr feiern wir den 175. Geburtstag der modernen Schweiz. 1848 wurde die Republik aus der Asche des Bürgerkrieges geboren. Als Folge der einzigen demokratischen Revolution auf dem Kontinent, die in diesen Jahren fortbestand. Klar, die Schweiz von 1848 war eine sehr unvollständige Demokratie. Vieles, worauf wir heute stolz sind, musste in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten erkämpft werden, fast immer mit der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung an der Spitze: Die Volksrechte, das Proporzwahlrecht, das Ende der Diskriminierung der religiösen Minderheiten, die Sozialwerke, das Frauenstimmrecht. Und dennoch: Der Entscheid von 1848, die Republik zu gründen, war ein mutiger Entscheid. Es war ein Entscheid, mitten in einem von Krise und Krieg zerrissenen Europa Partei zu ergreifen für die richtige Seite der Geschichte, Verantwortung zu übernehmen für die Zukunft. Damals verstand es die grösste Partei des Landes, die Liberalen, als ihre Pflicht, auf diesem Weg voranzugehen. Was für ein Kontrast, wenn man vergleicht, welchen Gestaltungsanspruch die grösste Partei damals hatte, und was insbesondere die grösste Partei heute in diesem Land noch zu bieten hat.

Verantwortung für das Land und die Menschen ist für die heutige Spitze der SVP offensichtlich zum Fremdwort geworden. Schuld an allem sind immer die anderen, und Anfang 2023 offenbar mal wieder unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger: An der Energiekrise, an den steigenden Gesundheitskosten, an der Inflation und vor allem an den teuren und knappen Wohnungen. Ja, es stimmt: Es gibt Probleme in diesem Land und es ist unsere Pflicht, diese anzusprechen. Viele Schweizer Familien und viele Familien mit ausländischem Pass leben und wohnen hier, arbeiten viel und haben trotzdem Mühe, eine Wohnung, die Krankenkassenprämien und die Kita bezahlen zu können. Dieses Problem ist real, aber betrifft Schweizerinnen und Schweizer genauso wie Ausländerinnen und Ausländer, es betrifft uns alle.

Die Wahrheit ist, dass die SVP mit ihrer Sündenbock-Politik versucht, abzulenken. Abzulenken davon, dass die Partei jedes Mal auf der Seite der Lobbys und der Konzerne steht, gegen die Interessen der Bevölkerung. Abzulenken davon, dass die grösste Partei dieses Landes heute bis zum Hals im Sumpf der Immobilienlobby feststeckt und jeden Vorschlag für ein Ende der unkontrollierten Abzockerei auf dem Wohnungsmarkt verbissen bekämpft. Abzulenken davon, dass diese Partei heute beherrscht wird von Harvard-Studenten und Multimillionären, die von den Realitäten der Mehrheit der Menschen weiter entfernt ist als der FC Winterthur von der Tabellenspitze der Super League. Und, dass die grösste Partei dieses Landes die eigene Bevölkerung nach Strich und Faden belügt und ausnimmt und nur noch im Interesse von gierigen Lobbys operiert. Die Gefahr für die Kaufkraft und das Portemonnaie der Menschen in diesem Land trägt keinen syrischen Namen, keinen portugiesischen Namen und schon gar keinen ukrainischen Namen, sondern diese Gefahr heisst Chiesa, Martullo, Aeschi und Matter, liebe Genossinnen und Genossen.

Die SVP hat entschieden, einmal mehr den Wahlkampf auf dem Buckel jener auszutragen, die sich nicht wehren können, weil sie keine politische Stimme haben. Unsere Antwort heisst Solidarität. Solidarität mit den Menschen, die in unser Land zuwandern. Solidarität mit den Menschen, die Schutz vor Krieg, Gewalt und Klimakatastrophen suchen. Und Solidarität mit den Menschen, die kommen, weil sie von unserer Wirtschaft gerufen werden. Gerufen, weil wir auf sie angewiesen sind, gerufen, um tagtäglich von der Baustelle bis in den Operationssaal zu unserem gemeinsamen Wohlstand

---

beizutragen. Diese Menschen haben es nicht verdient, dass man auf ihrem Buckel Politik macht. Sie hätten es vielmehr verdient, dass man ihren Beitrag zu diesem Wohlstand dieses Land endlich würdigt. Das fehlende Dankeschön an die Migrantinnen und Migranten, an ihre Eltern, Grosseltern und Ur-Grosseltern, die dieses Land mitaufgebaut haben, das ist die historische Schuld, die wir im 175. Jahr des Bestehens der Schweiz begleichen sollten.

Nur der Ausbruch neuer Aufstände in den umliegenden Monarchien sorgte dafür, dass die junge Schweizer Demokratie 1848 von einer Invasion verschont blieb. Sonst hätte sich die Frage gestellt, ob man – wie die Ukrainer:innen – für die neue Freiheit kämpft. Auch damals gab es Stimmen aus den alten Eliten, die sich lieber den imperialen Mächten unterworfen hätten, weil ihnen das mit der Demokratie nicht so passt. Heute ist es die Elite der SVP, die zur schamlosen Pressesprecherin des Putin-Imperialismus geworden ist. Das Schicksal der Menschen in der Ukraine und übrigens auch in Russland ist ihnen egal, solange ihre Geschäfte mit den Banken, Treuhändern, Rohstoffkonzernen weitergehen können. Genauso wie ihnen das Schicksal der Schweizerinnen und Schweizer egal ist, wenn die Klimakatastrophe auch dieses Land treffen wird, solange die Gewinne der Erdölindustrie weiter in ihren Taschen fließen. Für ein paar Franken Extraprofit hätte diese Partei wahrscheinlich 1848 die Schweizer Demokratie auch an die Kaiser und Könige verraten.

Unser Vorschlag ist genau das Gegenteil davon. Unser Vorschlag ist eine Politik, die Partei ergreift für eine soziale Schweiz, die die Menschen ins Zentrum stellt. Und genau darüber werden wir am 22. Oktober dieses Jahres entscheiden.

### **Redetext von Matteo Meyer** (es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Immer wieder stellen mir Schulklassen im Bundeshaus, Genossen an Sektionsbesuchen und Freundinnen beim Abendessen die gleiche Frage: Ob ich eigentlich nicht die Hoffnung verliere angesichts all des Elends auf dieser Welt.

Ich möchte ehrlich mit euch sein: Es gibt Geschichten und Bilder, die sind so herzerreissend und hoffnungslos, dass es mir schwerfällt. Bilder wie jenes von einem Schutthaufen in der Türkei, an dem unzählige Ballone angehängt sind und jeder Ballon für ein Kind steht, das unter den Trümmern gestorben ist.

Nach diesem verheerenden Erdbeben in der Türkei und in Syrien flehten betroffene Angehörige, dass sie ihre Eltern, Kinder oder Geschwister so schnell wie möglich in die Schweiz holen können, damit diese den Winter überstehen können. Weil es für sie im Moment kein Zuhause mehr gibt. Unsere Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider versprach Hilfe und ein möglichst unkompliziertes Vorgehen für einen vorübergehenden Aufenthalt. Und wisst ihr, wie zum Beispiel FDP-Aussenpolitiker Damian Müller darauf reagiert hat? Er nannte es «eine Schnapsidee, welche die innere Sicherheit gefährde». Im vollen Ernst.

Eine solche Kältherzigkeit macht mich fassungslos. Doch was mir Hoffnung macht: Damian Müller und seine Freundinnen und Freunde in der FDP und der SVP sind nicht die Schweiz. Die grosse Mehrheit in diesem Land ist nicht gleichgültig anderen Menschen gegenüber. Und wir, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, machen genau das:

Wir stehen auf der Seite der Menschen.

Es ist das, was wir immer schon getan haben. Genossinnen und Genossen vor uns haben Partei ergriffen für eine soziale Schweiz. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden, wie das die SVP auch jetzt wieder tut. Als Antwort auf die Existenznot

---

von vielen haben sie die AHV gegründet, sie haben genossenschaftliche Wohnungen gebaut für ein bezahlbares Zuhause und sie haben die Krankenkasse für alle obligatorisch gemacht, weil eine Erkrankung jeden und jede treffen kann.

Diese Geschichte für eine soziale Schweiz schreiben wir weiter mit unserem Engagement.

Darum steht der heutige Parteitag auch im Zeichen der Kaufkraft.

Wir wollen die Kaufkraft der Menschen nicht deshalb stärken, weil sich das in einer Wahlbroschüre gut macht. Sondern weil es nicht sein kann, dass für so viele Menschen das Geld am Ende des Monats knapp wird, weil Löhne und Renten stagnieren und die Mieten, Nebenkosten und Krankenkassenprämien explodieren. Alle, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente leben, leisten ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft. Sie haben diesen Respekt vor ihrer Arbeit, egal ob bezahlt oder unbezahlt, verdient. Und es ist auch volkswirtschaftlich das einzig Vernünftige. Weniger Geld im Portemonnaie heisst: Die Menschen gehen nicht mehr in ein Restaurant Mittagessen. Sie sparen sich den Coiffeur-Termin. Und sie streichen die geplanten Frühlingsferien. Das gefährdet Arbeitsplätze.

Lasst mich eines klarstellen: Nicht die Einführung von neuen Steuersubventionen für Schifffahrtsgesellschaften und Rohstoffhändler leistet irgendeinen sinnvollen Beitrag.

Die beste, wirkungsvollste Wirtschaftspolitik machen wir, wenn wir die Kaufkraft der Menschen stärken.

Wie machen wir das ganz konkret?

Wir ergreifen Partei für mehr Geld im Portemonnaie, indem wir die unverschämte Abzockerei bei den Mieten stoppen und für bezahlbare Mieten einstehen. Indem wir endlich die Prämienentlastung für Familien und Einzelpersonen mit tiefen Einkommen erhöhen. Heute geben neun Kantone weniger Geld aus für Prämienentlastung als noch vor zehn Jahren. Obwohl die Kosten gestiegen sind und die Bevölkerung gewachsen ist.

Und wir ergreifen Partei dafür, dass es gute Renten für alle gibt mit der Initiative für eine 13. AHV-Rente. Eine Pensionskassenreform aber, die darin besteht, dass wir alle mehr zahlen für weniger Rente, muss zurück an den Absender geschickt werden. Wenn die Vorlage so durchkommt, werden wir das Referendum ergreifen.

Wir werden vor allem auch das Referendum ergreifen für all die Frauen, denen eine bessere Rente versprochen wurde – und die nun verraten werden. Und das bringt mich zu einer anderen Geschichte, welche wir weiterschreiben werden:

Die Geschichte für mehr Gleichstellung.

Nur wenige Jahre, bevor ich auf die Welt gekommen bin, wurde die Gleichstellung in der Verfassung verankert. Ich ging in den Kindergarten, als Vergewaltigung in der Ehe strafbar wurde. Ich war 14, als der Schwangerschaftsabbruch legal wurde; ich feierte meinen 18. Geburtstag, als die Mutterschaftsversicherung eingeführt wurde. Ich wurde selbst Mutter, als es endlich einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub gab. Ich bin heute 35 und so vielen mutigen Menschen dankbar, dass wir auf dem aufbauen können, was sie erreicht haben.

Meine Kinder sind heute sechs und eineinhalb Jahre alt – und ich sage euch: Sie sollen nicht volljährig werden müssen, bis Betroffene besser vor sexualisierter Gewalt geschützt werden, Kinderbetreuung bezahlbar wird und Frauen auch dann eine anständige Rente bekommen, wenn sie Kinder betreut und kranke Angehörige gepflegt haben. Und genau dafür gehen wir gemeinsam am 14. Juni beim nächsten feministischen Streik auf die Strasse!

Genossinnen und Genossen: Cédric hat in seiner Rede deutlich gemacht, wofür die SVP steht.

In den kommenden Monaten entscheidet sich, welche Schweiz wir in Zukunft haben:

Ist es eine Schweiz, in der es keinen Platz für geflüchtete Menschen hat, in der die Klimakrise verharmlost wird, Prämien und Mieten noch weiter steigen und in der die Rechte von Frauen und queeren Menschen eingeschränkt werden?

Oder ist es eine soziale Schweiz, in der Menschen ein sicheres Zuhause finden, der Klimaschutz gestärkt wird, die Prämien- und Mietexplosion gestoppt werden und die Gleichstellung vorangetrieben wird?

Für diese soziale Schweiz braucht es im Parlament eine starke SP.

Wir müssen deutlich zulegen, um einen SVP-Rechtrutsch verhindern zu können.

Dafür wird es jeder und jede von uns brauchen in den nächsten Monaten.

Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Hoffnung stärker ist als Gleichgültigkeit. Dank euch!

#### 4. Protokoll des Parteitags vom 29./30. Oktober 2022 in Basel

Das Protokoll des Parteitags vom 29./30. Oktober 2022 in Basel wurde im Internet publiziert. Danke an Pia Wildberger, Regula Schweizer, Nino Breiter und Louis Dana fürs Verfassen.

**Beschluss des Parteitags:** Das Protokoll wird genehmigt.

#### 5. Statutarische Geschäfte

##### Ersatzwahl für einen Sitz im Vizepräsidium der SP Schweiz

**Rede Valérie Piller Carrard:** Valérie bedankt sich für die Chance, sich vorstellen zu können. Sie kämpft seit 20 Jahren für eine gerechtere Schweiz, für Solidarität, für Gleichstellung und Freiheit. Sie will sich auch weiterhin motiviert und engagiert für die Werte der SP einsetzen, weshalb sie sich für den freigewordenen Sitz im Vizepräsidium bewirbt.

**Beschluss des Parteitags:** Valérie Piller Carrard wird per Akklamation gewählt.

##### Budget 2023

Rebekka stellt das Budget 2023 vor. Aufgrund des Wahljahrs werden Rückstellungen in der Höhe von fast 2.5 Millionen Franken aufgelöst. Um gesamtschweizerisch stark auftreten zu können, wurde das Personal auf 40 Vollzeitäquivalente aufgestockt. Zurzeit arbeiten über 60 Personen für die SP Schweiz, viele davon befristet. Nebst den Spenden kommen die Einnahmen insbesondere von den Mitgliederbeiträgen, wo der Abschluss leider im letzten Jahr nicht so gut war, dies auch aufgrund eines kleinen Rückgangs der Mitgliederzahlen. Es werden alle aufgefordert, die Wahlkampagne zu nutzen, um Werbung zu betreiben und eine gute Basis zu legen.

Rebekka bedankt sich bei Karin Mader, der Finanzverantwortlichen.

**Beschluss des Parteitags:** Das Budget 2023 wird genehmigt.

---

## 6. Verabschiedung von alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Simonetta, Elisabeth und Alain werden aufs Podium gebeten.

Zum Abschied von Simonetta wird ein Video eingespielt, in welchem verschiedene Weggefährt:innen von Simonetta zu Wort kommen und einen Rückblick auf die verschiedenen Stationen ihrer politischen Laufbahn und ihre Persönlichkeit geben.

Eine A-Capella-Gruppe singt zum Abschied den Song «We shall go forth».

Es folgen Abschiedsworte von Cédric Wermuth, Mattea Meyer und Alain Berset, in welchen die drei Einblick auf kleine Episoden aus der gemeinsamen politischen Zeit geben und die stets gute Zusammenarbeit mit Simonetta wertschätzen.

Simonetta ist berührt von den vielen netten Worten und bedankt sich für diesen würdevollen Abschied. Sie betont, dass sie aus eigener Erfahrung sagen kann, dass die SP nicht nur politisch für die Menschen einsteht, sondern dass die Menschlichkeit auch im Alltag gelebt wird. Sie bedankt sich für die Unterstützung, welche sie immer erfahren habe. Ganz besonders bedankt sie sich bei Alain für die Zusammenarbeit im Ständerat und im Bundesrat, und wünscht Elisabeth alles Gute.

## 7. Rede Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider

**Redetext von Elisabeth Baum-Schneider** (es gilt das gesprochene Wort)

En date du 5 février 2022, vous m'aviez fait l'honneur de m'élire à la vice-présidence du parti. Une responsabilité que je n'ai pas exercée bien longtemps... Je commencerai donc par vous prier d'excuser mon infidélité, assurément pas aux valeurs socialistes mais possiblement aux organes du parti.... La vie est pleine d'imprévisibilités ; en effet alors que j'avais du plaisir à refaire un monde plus juste, plus social et plus respectueux de la planète, alors que je souhaitais surtout éviter qu'il ne se défasse, engagée aux côtés de Mattea et de Cédric, aux côtés de Jacky, de Samuel, de Jon, de David, de Nicola qui a remplacé Ronja et de Roger, avec l'équipe du Secrétariat emmenée par Rebekka et Tom, j'ai décidé d'être une alternative pour les élections au Conseil fédéral.

Qui aurait pensé que le 25 février de cette année, je me présenterais devant vous en qualité de membre de cet exécutif ? Que je te rejoindrais, Alain, dans ce collège ? Aujourd'hui nous sommes sur tes terres, je sais que tu t'y montres toujours accueillant. Et je peux vous affirmer que c'est aussi le cas à Berne. Merci cher Alain pour ton accueil, ton expertise disponible, ta vision politique ; Il est agréable de pouvoir compter sur un Président de la Confédération de ta trempe.

Qui aurait pensé que le 25 février de cette année, je serais chargée d'un département que toi, Simonetta, tu as dirigé avec conviction, doigté et panache durant 8 ans ? Je peux t'assurer que ton empreinte est présente au sein du DFJP. Tu sais à quel point je suis admirative et reconnaissante de la manière dont tu nous as toutes et tous inspirés, en nous invitant à faire de la politique en ayant une posture éthique irréprochable et du courage, encore du courage, pour assumer nos décisions.

Tu disais du DFJP qu'il avait pour but de prendre soin des gens. Je le constate chaque jour depuis mon entrée en fonction. Lors de ma visite au centre fédéral d'asile à Balerna le 19 janvier dernier, ou hier au centre d'hébergement de Viererfeld à Berne, je peux constater et ressentir à quel point ce département a un impact fort et direct sur des vies humaines.

---

Chères et chers camarades, vous autoriserez peut-être le fait que je renonce à prétendre me sentir, pour chaque dossier, comme un poisson dans l'eau. Par contre, je me sens à l'aise car je peux m'appuyer sur des chef-fe-s d'office compétents, loyaux et sur une vivifiante et généreuse équipe au Secrétariat général. Je concède volontiers qu'entre la commission des affaires juridiques et celle des institutions politiques, j'ai un peu l'impression d'assister à un séminaire de droit. Et je travaille, je m'informe, avec énergie et passion, sans perdre de vue que le droit c'est prendre soin des gens. Protéger les plus faibles, garantir la sécurité juridique, s'assurer de l'accès à la justice. Un texte de loi peut être technique et austère, il reste la manifestation d'une volonté politique, et peut profondément changer la vie de personnes bien réelles.

Au chapitre des événements qui n'avaient pas été anticipés, il en est un qui, après nous avoir tétanisés, nous a révélé à quel point l'agression militaire de Poutine a réinstallé l'Europe dans une époque guerrière archaïque. La guerre que d'aucuns qualifiaient à l'époque de guerre « éclair » s'enlise, elle perdure, elle déverse son lot d'atrocités, on peine à en voir l'issue. L'acharnement russe à l'encontre de l'Ukraine est une brutale offensive contre l'Ouest, contre les valeurs de la démocratie. L'horreur, révélatrice du pire, est aussi révélatrice du meilleur de l'humain. Quand des dizaines de milliers d'Ukrainiennes et d'Ukrainiens en quête de protection ont fui leur région ou leur pays, la population suisse, les institutions politiques ont répondu par un remarquable élan de solidarité. En quelques jours, des familles, des amis, des communes et des cantons se sont pliés en quatre pour organiser un accueil d'une ampleur sans précédent. Les portes se sont ouvertes, bon nombre de personnes ont ressenti le besoin de se sentir utiles et se sont senties utile. S'il a y certes eu un certain essoufflement dans le cadre de ces hébergements d'urgence, on peut apprécier à sa juste valeur l'engagement de la population, ce qu'il montre en termes de possibilités.

Le Conseil fédéral a lui aussi réagi rapidement, avec l'activation puis la prolongation du statut S, qui a permis de répondre à l'urgence. Le temps d'une réflexion à plus long terme est désormais là. Comme vous le savez, je suis dans cette période des 100 jours qui requiert une retenue quant aux propos politiques, alors qu'on ne se retient guère dans certains milieu politiques à mon égard. Indépendamment des questions juridiques et politiques, je vous propose un détour du côté du passé pour constater que nous sommes toutes et tous, de près ou de loin, les fruits de l'immigration.

En cette année anniversaire de notre Constitution, on pourrait déjà relever avec un brin d'impertinence qu'avant 1848, un Genevois qui déménageait à Fribourg n'était rien de plus ou de moins qu'un étranger. 50 ans plus tard, début du 20ème siècle, l'état fédéral moderne était bien installé. Les outils démocratiques étaient en place. La libre circulation était une évidence. Le recensement de 1910 montre que dans le domaine de la construction des lignes de chemin de fer, 9 ouvriers sur 10 étaient de nationalité étrangère. Leurs arrières et arrière-arrière-petits-enfants sont aujourd'hui dans nos familles et parmi nos amis. Il s'agit même, peut-être, de nous-mêmes.

Les difficultés économiques liées aux deux guerres mondiales ont marqué un coup d'arrêt dans la politique d'immigration. L'étranger, aubaine économique d'il y a peu, était devenu pour certains l'envahisseur dont il fallait se méfier, dont il fallait se protéger. Au sortir de la guerre, l'économie a repris. Les besoins en main d'œuvre avec. Et les regards se sont tournés à nouveau au-delà de nos frontières. En 1965, une première initiative pour contrer la surpopulation étrangère était lancée. Les propos de l'écrivain zurichois Max Frisch résonnent encore de manière juste. Je cite : « Un petit peuple souverain se sent en danger : on avait appelé des bras... et voici qu'arrivent des hommes ».

Une ritournelle dans l'histoire récente. Nous ne faisons qu'annoncer, répéter encore et encore le même mouvement de balancier entre l'ouverture et le repli, entre l'accueil et l'isolement, entre la fraternité et la barricade... En 1970, l'initiative Schwarzenbach était rejetée du bout des lèvres. La

---

reprise économique des années 80 et l'arrivée d'une grande communauté portugaise et d'ex-Yougoslavie a contribué à l'essor du pays, et a soutenu la courbe démographique. Elle a été néanmoins pointée du doigt dès que l'économie a ralenti. Depuis, la peur de l'étranger revient périodiquement. On dépeint la Suisse comme un eldorado qui attise les convoitises ; on oublie un peu vite d'une part que ce n'est plus une évidence pour tout le monde et d'autre part que c'est aussi grâce aux étrangers et aux étrangers que nos richesses ont été accumulées.

Pour moi la Suisse n'est ni une terre promise, ni une terre interdite, elle est une bâtisse fondée sur les valeurs fondamentales de notre Constitution moderne de 1848. Je vois d'ailleurs un paradoxe entre la fierté de la célébrer, et la volonté de certains d'imposer une politique arcboutée sur l'entre-soi. Notre texte actuel est on ne peut plus clair dans son préambule. On y lit noir sur blanc les principes de paix, de solidarité, d'ouverture au monde. Ces valeurs, chères et chers camarades, ce sont les nôtres.

Et nous y revoilà. Avant même mon premier jour au DFJP, on m'a prédit que je serais la cible d'attaques sans relâche sur la politique d'asile et d'immigration. On brandit des chiffres : nombre de demandes d'asile, taux d'acceptation.... Pourcentage d'étrangers....

Bien sûr, les statistiques sont essentielles pour mener une politique avisée. Mais elles ne sauraient réduire le tragique en simples données, par ailleurs sciemment émulsionnées, avec à la clé une gigantesque confusion entretenue entre demandeurs d'asile, réfugiés, sans-papiers, et travailleurs. Pour viser l'intégration sociale, créer les conditions-cadres pour favoriser la cohabitation de proximité, la réponse ne se limite pas à une énumération de chiffres. Elle requiert des choix et des décisions politiques.

Je me permets de relayer deux parcours de vie.

Ali vient d'Afghanistan. A 17 ans, loin de l'insouciance de l'adolescence, lui craint pour sa vie. Alors il fuit, une longue route, deux ans de chemin et presque autant de souffrances pour arriver en Suisse. Dans sa commune d'accueil, il s'investit dans un club de gymnastique, gère la caisse, apprend la langue. Son rêve est d'être chirurgien, mais c'est un apprentissage d'infirmier qui s'offre à lui. Il le réussit avec brio et enchaine avec une formation d'assistant en chirurgie. Il s'est approché de son but, le voici dans la salle d'opération. En parallèle, il fait une formation d'interprète et aide aujourd'hui ses compatriotes à s'intégrer plus rapidement.

Daria, elle, vient d'Ukraine. Après 3 mois de guerre, 3 mois d'angoisse, elle décide de fuir avec son jeune fils qu'elle refuse de confronter à la mort. Arrivée en Suisse, elle doit y vivre avec la hantise permanente qu'il n'arrive malheur au père de son fils resté au pays. Mais elle apprend l'allemand, cherche activement à trouver une place de travail dans son métier d'origine, prothésiste dentaire. Elle s'efforce de rester optimiste, sans même savoir où leur avenir se dessinera.

Il y a cette population en Turquie et en Syrie qui, d'une minute à l'autre, a absolument tout perdu. L'aide sur place est bien sûr essentielle. Mais certaines victimes comptent sur leurs attaches en Suisse. Accélérer les procédures d'obtention de visa, c'est une manière de les aider dans les meilleurs délais. Certains m'ont dit que c'était un risque politique.... Que cet été on pourrait nous demander de rendre des comptes... Combien sont encore là, combien ont demandé l'asile ? Notre parti est prêt à s'engager pour l'ouverture.

Au groupe parlementaire, en décembre, lors que j'ai soumis ma candidature, j'ai cité Jean Jaurès « Le courage, c'est de comprendre sa propre vie... le courage, c'est d'aimer la vie et de regarder la mort d'un regard tranquille.... Le courage c'est d'aller à l'idéal et de comprendre le réel ». Camarades on ne badine pas avec nos valeurs fondamentales. De tels drames n'appellent pas de calculs électoraux, mais une réponse fidèle à la tradition humanitaire de notre pays.

---

On me rétorquera que je suis mièvre, que je fais preuve d'angélisme. Non je sais, nous savons qu'il y a aussi des situations difficiles, qu'il y a des situations de crise qui nécessitent une intervention des autorités, que ce soit sur le plan communal, cantonal ou fédéral. Être à l'écoute du personnel qui travaille dans les centres d'accueil, à l'écoute des autorités, montre la nécessité d'investir et de favoriser une cohabitation plus adaptée. Le dialogue et la confiance sont indispensables.

J'ai l'intime conviction que la politique migratoire de la Suisse doit inconditionnellement préserver sa dimension humanitaire. Notre État de droit s'appuie justement sur les valeurs de notre Constitution et la peur est assurément mauvaise conseillère.

Ce n'est pas un scoop : tout le monde ne partage pas nos idéaux. Notre travail consiste à expliquer à documenter, à argumenter.

D'ailleurs si on ne se contente pas de mentionner que le cap des 9 millions d'habitants sera atteint cette année mais qu'on agite aujourd'hui déjà le spectre d'une Suisse dépassant les 10 millions d'habitants, on ne saurait taire que si que l'hypothèse de la surpopulation ne convainc pas tous les démographes, celle de la pénurie de personnel est confirmée par n'importe quel employeur... et ce, dans des domaines aussi divers que celui de la santé, des soins, de l'informatique, de l'ingénierie, de l'hôtellerie, de la restauration, et la liste n'a rien d'exhaustive

Le défi aujourd'hui, c'est de ne pas se laisser corseter par l'obsession d'être moins nombreux, ni d'organiser le repli sur soi. Le défi c'est de travailler à l'intégration et de définir ce que nous entendons par prospérité dans notre pays. Il nous appartient notamment de déterminer comment nous entendons définir l'accès au travail pour les personnes en situation de migration, comment nous entendons leur proposer des possibilités d'apprentissage, de formation de base ou continue, quelle attention particulière nous avons à porter aux mineurs non accompagnés. Le dialogue avec les partenaires sociaux, avec les communes et les cantons s'imposent dans ce contexte pour dégager des solutions pragmatiques.

Quel que soit notre degré de sensibilité aux arguments humanitaires, culturels ou économiques, sous réserve de la mauvaise foi ou de la bêtise, personne ne contestera que la Suisse ne serait pas ce qu'elle est sans les étrangers.

Permettez-moi enfin, malgré l'omniprésence médiatique des thématiques d'asile et d'immigration, de souligner que mon Département a d'autres missions passionnantes. Je peux par exemple mentionner le dossier européen sur lequel notre parti s'est prononcé à Bâle. Les relations avec l'Europe doivent être entretenues, les collaborations intensifiées. Au sein du conseil justice et affaires intérieures j'ai l'occasion de nouer des liens réguliers avec mes homologues européens. Face aux crises humanitaires, au réchauffement climatique, au crime organisé, la Suisse ne peut pas agir comme si elle était insularisée. Nous avons besoin de nos voisins pour apporter des réponses efficaces, intelligentes et coordonnées.

La numérisation et la digitalisation représentent également un enjeu de société. Il s'agit de fluidifier les processus dans les administrations, avec comme finalité de faciliter, ou pour le moins de ne pas compliquer la vie aux citoyennes et aux citoyens. Éviter la fracture numérique et assurer la protection des données sont de véritables garde-fous dans les réflexions et dans les décisions à venir.

Je ne saurais conclure sans mentionner la nécessité impérieuse de continuer à agir dans le domaine de lutte contre les violences domestiques... les statistiques suisses donnent froid dans le dos : une tentative d'homicide a lieu chaque semaine. La moitié aboutit à un décès. La convention d'Istanbul est entrée en vigueur il y a bientôt 5 ans dans notre pays. Le projet de révision du droit pénal en matière sexuelle est débattu au parlement, et grâce à l'engagement des forces progressistes, grâce à l'engagement des mouvements féministes, des femmes et des hommes dans la rue, le projet initial

---

a évolué de manière positive vers une protection meilleure et renforcée. Il est également fondamental d'agir avec les autrices et auteurs condamné-e-s et de ne pas négliger la prévention.

Je pourrais poursuivre l'énumération de dossiers, mais je vous laisserais assurément et la politique ne nécessite pas des listes de priorités, mais une manière d'agir. Je ne considère pas mon action comme un feu d'artifice en devenir. Vous savez ce que vous pouvez attendre de moi, je vous l'ai dit en fin d'année passée. Je suis de nature optimiste, j'adore la politique, je suis travailleuse, disponible, authentique et je rends des comptes à qui me les demande. Entre la politique spectacle et la politique ordinaire, mon choix est vite fait. L'ordinaire est déjà essentiel. Nous le savons au Parti socialiste, l'extraordinaire, ça n'est pas l'action d'une seule personne. L'extraordinaire, c'est la grève des femmes, c'est le 1er mai, c'est la solidarité d'une société face aux épreuves. C'est le plaisir de prendre parti pour une société plus juste. Du Parlement jurassien au Conseil fédéral j'ai toujours eu ce besoin vital d'être en relation avec les gens, avec la vraie vie comme j'ai pour habitude de le dire, et je compte sur votre amitié, sur vos critiques, sur vos encouragements. Car face aux incertitudes de notre société, j'ai quelques certitudes, en particulier que la démocratie est précieuse, que la politique l'est aussi et qu'il fait bon être socialiste, qu'il fait bon pouvoir s'appuyer sur un parti ouvert, diversifié et profondément humaniste. Ainsi un grand merci à vous !

Es folgt ein Input des Kabarettisten Bänz Friedli.

## 8. Eidgenössische Wahlen 2023

### 8.1 «Kaufkraft stärken und Ungleichheit verringern»: Prüfauftrag zur Lancierung einer Kaufkraft-Kampagne

**Samira Marti** präsentiert das Analysepapier zum omnipräsenten Thema Kaufkraft und geht darauf ein, dass vielen Menschen aufgrund der Teuerung Ende Monat immer weniger im Portemonnaie bleibt. Im Analysepapier sind die wichtigsten Zahlen zusammengetragen. Die Produktivität ist gestiegen, jedoch stagnieren die Löhne. Die AHV-Renten sind zwar zu tief, dank der SP werden diese aber immerhin der Teuerung angepasst. Die zweite Säule befindet sich im Sinkflug. Die Ausgaben für die stets steigenden Krankenkassenprämien sind immens, die Prämienvergünstigungen leider nicht ausreichend. Die Mietkosten steigen kontinuierlich, obwohl es gesetzlich verboten wäre, überhöhte Renditen zu erzielen. Hingegen ist die Besteuerung von Millionären zurückgegangen. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Kaufkraft seit 20 Jahren leidet und die Lohnschere immer weiter aufgeht. Die Ungleichheit steigt bei der Vermögensverteilung und der Steuerlast.

**David Roth:** Die Lösung gegen zu hohe Krankenkassenprämien heisst Prämienverbilligung. Die SP legt mit ihrer Prämiententlastungs-Initiative eine moderate Lösung auf den Tisch. Kein Haushalt soll mehr als 10% des Einkommens für Krankenkassen aufwenden müssen.

**Pierre-Yves Maillard:** Es wird kritisiert, dass Kaufkraft nicht nur auf das Konsumverhalten reduziert werden darf. Konsum bedeutet, dass jede und jeder ein Anrecht auf ein normales Leben hat. Ferien, Weihnachtsgeschenke, Freizeitaktivitäten, Restaurantbesuche, etc. sollten auch drin liegen, wenn man arbeitet. Die Bürgerlichen und Rechten wollen Steuererleichterungen für Grossunternehmen, das Rentenalter der Frauen erhöhen, die Mehrwertsteuer anheben usw. Eine politische Mehrheit hat 1948 die AHV geschaffen. Jetzt wird das Rentenalter erhöht, und die Pensionen werden gesenkt.

---

Bessere Löhne müssen mittels Streiks und Demonstrationen gefordert werden. Gesamtarbeitsverträge sind von grosser Wichtigkeit, auch für das Abkommen mit der EU. Eine Plafonierung der Prämien muss angestrebt werden, und der Kampf für eine 13. AHV-Rente zur Stärkung der Kaufkraft muss weitergeführt werden. Im März wird der Vorschlag der Rechten betreffend BVG kommen, mit dem Ziel, den Umwandlungssatz auf 6% zu senken.

**Cédric** erklärt den Prüfauftrag und das Vorgehen von Präsidium und Parteirat. Die Bekämpfung von sozialen Ungleichheiten ist eine der Kernaufgaben der SP-Politik. Dies ist der Grund für das Analysepapier von Samira. Fazit ist, dass die Kaufkraftfrage in ganz vielen Bereichen ins Zentrum gestellt werden muss. Es gibt vier grosse Blöcke: Löhne, Krankenkassenprämien, Renten sowie Mieten. In fast allen Bereichen finden bereits politische Auseinandersetzungen statt und es liegen auch schon viele konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Zusammen mit den Gewerkschaften wurde entschieden, die Idee der 13. AHV-Rente in den Vordergrund zu stellen. Da uns die Renten weiter beschäftigen werden, wäre auch interessant, im Bereich Mietpolitik ein konkretes Projekt auszuarbeiten.

**Jacqueline Badran:** Die Mieter:innen haben 78 Milliarden Franken zu viel an Miete bezahlt. Obwohl die Mieten hätten sinken sollen, sind sie aber um 40% angestiegen. Allein im Jahr 2021 haben die Mietenden 10,5 Milliarden Franken zu viel bezahlt. Pro Haushalt macht das 370 Franken monatlich. Das macht die Mieten mit grossem Abstand zum Kaufkraftkiller Nummer Eins. Es ist relativ einfach: Hypothekarzinssenkungen werden nicht weitergegeben. Bei jedem Wohnungswechsel werden durchschnittlich 400 bis 600 Franken an Miete draufgeschlagen. Das ist schamlos und gesetzeswidrig und macht den Immobilienmarkt zur grössten Umverteilungsmaschinerie. Renditen wurden von 24 auf 33% erhöht. Es ist an der Zeit, dieses Geschäft mit den Immobilien zu stoppen.

**Christian Dandrès:** Jacqueline ist auf die Mietzinserhöhungen eingegangen. Die Frage ist, was passiert, wenn Mieter:innen die Miete nicht mehr bezahlen können: Menschen werden aus ihren Wohnungen geworfen werden. Das ist die Realität. Es wird eine Unterscheidung gemacht zwischen zahlungsfähig und zahlungsunfähig. Das ist eine Segregation im Immobilienmarkt. Schutzbestimmungen für die Mieter:innen wurden gestrichen. Deswegen muss eine Volksinitiative lanciert werden. Es sollten höchstens 15 bis 20% der Einkommen für Mieten ausgegeben werden. Mieter gegen Vermieter ist wie David gegen Goliath. Es braucht einen Mechanismus, welcher sicherstellt, dass sich Mieter:innen wehren können, und einen Mechanismus, der faire Mietzinse sicherstellt. Die SP muss sich dieses Themas annehmen.

**Dominique Hauser:** Es gibt Leute, die haben Mühe, ihre Familie zu ernähren. Die SP muss sich für eine Umverteilung einsetzen, die ein würdiges Leben ermöglicht. Es ist Zeit für konkrete Vorschläge, und zwar nicht einfach für Vorschläge, die vielleicht 2025 in Kraft treten. Für ein würdiges Leben braucht es nebst einem guten Rentensystem auch faire Mieten. Daher muss die SP auf verschiedenen Stufen aktiv werden und sich mit den Menschen solidarisch zeigen. Die Menschen brauchen Hoffnung, und der Reichtum muss besser verteilt werden. Daher ist es schwierig, sich für einen Pfeiler auszusprechen.

**Martine Docourt:** Es ist dringend notwendig, dass die Renten erhöht werden. Viele Frauen sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Mit einer knappen Mehrheit wurde die AHV-Reform angenommen. Nun braucht es ein geschlossenes Engagement für die BVG-Abstimmung mit dem Ziel, ein würdiges Leben für alle zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass wir mehr bezahlen müssen für weniger Rente. Zusammen mit den Gewerkschaften müssen wir uns für faire Renten einsetzen und für ein solidarisches System mobilisieren.

### **A-1 Heinz Gilomen und andere zur Variante 2: Aufnahme Löhne in den Punkt Rente**

Heinz Gilomen stellt seinen Antrag vor. Alle, wirklich alle, reden über Löhne. Es geht nicht, dass die SP zu diesem Thema schweigt, denn wir haben eine Lohn-Misere mit Working-Poors, Tieflohnbereiche und Leute ohne Lohnschutz. Deshalb wird vorgeschlagen, dass die Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes aufgenommen werden, wie z.B. Mindestlöhne oder Teuerungsausgleich.

**David Roth:** In Luzern wurde beispielsweise eine Initiative zu Mindestlöhnen lanciert, zusammen mit der JUSO. Er ist überzeugt, dass alle für Mindestlöhne sind. Jedoch darf man sich nicht verzetteln und muss einen klaren Fokus legen. Es geht nicht um eine Ablehnung inhaltlicher Natur, sondern eher um Ressourcen und Arbeitsteilung.

#### **Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung

**Begründung:** Der Schweizerische Gewerkschaftsbund, seine Einzelgewerkschaften, die SP und andere linke Parteien arbeiten in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eng zusammen. Gemeinsam mit weiteren Verbänden und Organisationen gelingt es uns immer wieder, Erfolge für die grosse Mehrheit der Menschen in diesem Land zu erzielen, die von Lohn und Rente leben. Basis dieser guten Zusammenarbeit ist eine klare Arbeitsteilung. Wie auch im einleitenden Text zum Prüfauftrag steht, sind faire Löhne das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Denn Löhne werden zum grössten Teil nicht von der Politik beschlossen, sondern sind das Ergebnis von Vertragsverhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. **Dass die Löhne in Variante 2 nicht explizit erwähnt sind, hat somit gute Gründe, und bedeutet nicht, dass die Löhne für die SP weniger wichtig sind** – im Gegenteil: Wir respektieren und schätzen die harte Arbeit der Gewerkschaften, die in den Betrieben und am Verhandlungstisch für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen kämpfen. Das ist ihr Kerngeschäft – und die Politik in Bundesbern, in den Kantonen und in den Gemeinden ist unser Kerngeschäft. So unterstützen wir beispielsweise die erleichterte Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen. Denn so können zusätzliche Arbeitnehmer:innen auf dem gesetzlichen Weg von den Erfolgen der Gewerkschaften am Verhandlungstisch profitieren.

Die Antragsstellenden wollen in diesem Antrag zusätzlich die Forderung nach einer nationalen Mindestlohninitiative unterbringen. Auch hier soll ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften vorgeprescht werden – das ist kein erfolgreiches Rezept, wie wir auch in der Begründung zur Ablehnung von A-2 (weiter unten) ausgeführt haben

**Beschluss des Parteitags:** Antrag abgelehnt.

### **Ordnungsantrag Susanne Leutenegger-Oberholzer**

Susanne beantragt, dass nicht zwischen Mieten und Renten entschieden werden muss, sondern dass beide Themen weiterverfolgt werden, da beide wichtig sind. Die SP muss sich für gute Renten einsetzen, aber auch für bezahlbare Mieten

**Cédric:** Es ist unbestritten, dass sich auch die Parteileitung mit aller Kraft beider Themen annehmen will. In der heutigen Diskussion soll vielmehr eine zeitliche Priorisierung festgelegt werden. Es können nicht beide Projekte gleichzeitig und mit der gleichen Tiefe umgesetzt werden, dies aufgrund mangelnder Ressourcen. Er plädiert dafür, die drängenden Lücken in der Mietfrage anzugehen.

**Beschluss des Parteitags:** Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Es folgen etliche Wortmeldungen zu den beiden Varianten Miete und Renten des Prüfauftrags von Tünde Mihalyi, Laurie Willommet, Carlo Sommaruga, Christel Saura und Jean-Pierre Prodolliet.

Bevor abgestimmt wird, erhält Samuel Bendahan das Wort für ein Schlussvotum des Präsidiums.

**Beschluss des Parteitags:** Entscheid für ein Projekt im Bereich Mieten.

### **R-1 Florian Schweri und andere: Zum Schutz der Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Sichern wir die kantonalen Mindestlöhne**

Florian stellt die Resolution vor. Alle Kosten steigen, während die Löhne stagnieren. Viele haben nur Mindestlöhne, welche knapp für die Grundbedürfnisse ausreichen. Das Thema Mindestlöhne ist in verschiedenen Kantonen unterschiedlich geregelt. Die SP muss sich dafür einsetzen, dass Vorschläge, welche die kantonalen Mindestlöhne in Frage stellen, abgelehnt werden. Allen arbeitenden Personen muss ein Leben in Würde ermöglicht werden.

Es folgen Wortmeldungen von Emilie Teixeira, Reto Barbla und Emilie Teixeira.

Für das Präsidium erhält Jessica Brandenburger das Wort für das Schlussvotum.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme

**Beschluss des Parteitags:** Die Resolution wird fast einstimmig angenommen.

### **A-2 SP60+: Lancierung einer nationalen Initiative für einen allgemein verbindlichen Mindestlohn (Wurde zurückgezogen)**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung

**Begründung:** Der Parteirat erkennt die Wichtigkeit des Anliegens, lehnt das vorgeschlagene Vorgehen jedoch ab. Dieses wäre nicht zuletzt ein Affront gegenüber den Gewerkschaften, die beim Lohnthema sowohl im Bereich der Gesetzgebung wie auch auf sozialpartnerschaftlicher Ebene federführend sind. Im Mai 2014 wurde eine nationale Mindestlohn-Initiative mit über 75% der Stimmen abgelehnt, wobei auch alle Stände Nein sagten. Partei und Gewerkschaften sind sich einig, dass unsere Strategie nun auf die Umsetzung kantonalen und kommunalen Mindestlöhne setzt. In verschiedenen Westschweizer Kantonen wie auch in Basel-Stadt waren wir damit bereits erfolgreich. Weitere Abstimmungen stehen bevor, und weitere Vorstösse sind in Vorbereitung. Parteipräsidium und Parteirat verpflichten sich, dem Thema weiterhin grosses Gewicht zu geben und ihren Beitrag zur entsprechenden politischen Arbeit auf kantonaler und kommunaler Ebene zu leisten.

### **R- 2 des Parteirats: Die Renten müssen steigen!**

**Mattea** stellt die Resolution vor und hält fest, dass jede dritte Frau keine Pensionskassenrente hat. Dies ist ein typisches Abzocker-Problem. Während die Versicherten die Verlierer:innen sind, gehören Banken und Versicherungen einmal mehr zu den Gewinnern. Die Bürgerlichen sind nicht bereit, diese Probleme wirklich zu lösen. Die vorliegende Vorlage ist so mickrig, dass die Hälfte nichts bekommt. Ein würdevolles Leben wird für viele nicht möglich sein, und viele werden Ergänzungsleistungen beziehen müssen. Es ist Zeit, dass die Renten gestärkt werden. Bei einer schlechten Vorlage wird die SP das Referendum ergreifen.

Es folgt eine Wortmeldung von Andrea Lüchinger.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme der Resolution und Lancierung des Referendums (falls nötig).

**Beschluss des Parteitags:** Einstimmig angenommen.

## 8.2 «Bei der Gleichstellung endlich vorankommen»

**Podiumsdiskussion: Gute Löhne und Renten, Vereinbarkeit und ein Ende der Gewalt – gemeinsam ergreifen wir Partei für Gleichstellung und wagen einen Ausblick auf den feministischen Streik 2023.**

Als Auftakt wird ein **Video** zum feministischen Streik vom 14. Juni eingespielt.

Es folgt eine **Podiumsdiskussion** mit Tamara Funciello (Nationalrätin BE und Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz), Valérie Piller Carrard (Nationalrätin FR) und Zitag Küng (Juristin, Organisationsberaterin und Frauenrechtsaktivistin). Die Moderation obliegt Rebekka Wyler (Co-Generalsekretärin SP Schweiz).

**R-3 Mathilde Mottet und andere: Die Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibendem Lohn ist in unserem feministischen Kampf zu priorisieren!**

**Tamara Funciello und Martine Docourt** stellen die Resolution vor und erläutern die Forderungen. Es wird sich nicht nur die Gesundheit der Mitarbeiter:innen verbessern, es wird mehr Zeit für unbezahlte Arbeit bleiben, und auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist wichtig.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme.

**R-4 Mirjam Hostetmann und andere: Wie sind nur frei, wenn alle frei sind - Kämpfe verbinden, Patriarchat überwinden!**

**Rosalina Müller** stellt die Resolution vor mit einem kurzen Rückblick auf den eindrücklichen Frauenstreik vom 14. Juni 2019. Das euphorische Gefühl hielt aber leider nicht lange an. Es ist Zeit, dass sämtliche Formen von Diskriminierung endlich angegangen werden. Alle diskriminierenden Positionen müssen überarbeitet werden, denn wir sind nur frei, wenn alle frei sind.

Es folgen Wortmeldungen von Jakub Walczak und Dario Bellwald.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme.

**R-5 Andrea Scheck und andere: Die SP als Partei von Feminismus und echter Gleichstellung**

**Andrea Scheck** stellt die Resolution vor. Die Diskriminierung von FLINTA-Personen führt dazu, dass sie politisch nicht vorankommen. Diese Problematik ist in allen Parteien zu beobachten. Die Schuld trägt nicht die SP, aber wir können Verantwortung übernehmen mit konkreten Massnahmen. Die Resolution darf nicht als Kritik und Vorwurf verstanden werden. Die Arbeit in diesem Bereich soll und muss auf allen Ebenen gestärkt werden.

Es folgen Wortmeldungen von Manuel Zwysig, Mathilde Mottet, Mélanie Rufi, Max Kranich, Andrea Müller und Virginia Köppli.

Bevor abgestimmt wird, erhalten Rebekka und Mattea für das Präsidium das Wort. Rebekka bedankt sich für das Anstossen dieser wichtigen Debatte und die konstruktive Diskussion mit vielen interessanten Voten. Sie verspricht, dass auch bei einer Ablehnung jederzeit weitere Verbesserungen angestrebt werden sollen.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung.

**Begründung:** Die vorliegende Resolution suggeriert, die SP hätte ihre Hausaufgaben nicht gemacht, was was die Gleichstellung der Geschlechter angeht. Bereits im Titel ist die Rede von «echter Gleichstellung» - als hätten offenbar Generationen von Genoss:innen vor uns nicht begriffen, was Gleichstellung bedeutet. Der vorwurfsvolle Ton zieht sich durch den ganzen Text und suggeriert teilweise auch Dinge, die schlicht nicht zutreffen. Dies beginnt bereits mit der Analyse. Die Resolution behauptet, politische Aktivität und Karriere sei für die Mehrheit der FLINTA-Personen auch in der SP erheblich schwieriger ist als für ihre cis-männlichen Genossen. Angesichts der Abwahl von zwei Männern aus der Berner Nationalratsdelegation vor vier Jahren, angesichts zahlreicher Wahlen, in denen mehrheitlich Männer von den SP-Listen gestrichen wurden, angesichts einer Stadtberner Parlamentsfraktion, die aus 75% Frauen/FLINTA-Personen besteht, können wir dies nicht unwidersprochen stehen lassen.

Auch die Forderung Forderungen sind zu einem grossen Teil bereits erfüllt, und es werden laufend Massnahmen ergriffen, um die Situation zu verbessern. Eine Frauen-Quote (oder auch FLINTA-Quote) von 50% auf allen Listen besteht bereits und seit längerem, und zwar gesamtschweizerisch. Sie wird auch für die Nationalratswahlen wiederum angewendet. Gesamtschweizerisch ist auch das Ziel, dass die Ständeratskandidaturen insgesamt möglichst paritätisch sind. Sowohl Zebra-Listen wie auch getrennte Frauen- und Männerlisten sorgen dafür, dass die Chancen möglichst gleich verteilt sind und auch Nachrutschpositionen entsprechend entsprechend paritätisch verteilt werden.

Es gab schon länger keinen Parteitag mehr, an dem Gleichstellung kein Thema war – nicht umsonst ist Gleichstellung eines der drei Hauptthemen im Wahlkampf.

Was Repräsentanz und Auftritt angeht, lernen wir laufend aus gemachten Erfahrungen – beispielsweise aus dem Umstand, dass am letzten Parteitag in Basel die Männer auf den Redner:innenlisten klar in der Überzahl waren. Entsprechend findet und findet ihr in den Parteitagsunterlagen eine gezielte Aufforderung an FLINTA-Personen, sich zu Wort zu melden. Dazu werden auch konkrete Unterstützung und Ansprechpersonen mit Kontaktadressen angeboten. Selbstverständlich ist es möglich, dass das Genderwatch-Protokoll auch für den Parteirat geführt wird, ein Antrag an der nächsten Parteiratssitzung reicht dazu aus.

Was Sexismus und andere Formen der Diskriminierung in der Partei angeht, besteht seit zwei Jahren eine entsprechende Anti-Diskriminierungs-Richtlinie, die von der damaligen Koordinationskonferenz im Februar 2021 erlassen wurde und auch für die Kantonalparteien gilt. Ein Netzwerk von Vertrauenspersonen mit fachlicher Unterstützung wurde inzwischen geschult, in Bälde erfolgt eine schriftliche Information an alle Parteimitglieder. Das Netzwerk umfasst Frauen, Männer und queere Personen, Sprecher:innen aller Landessprachen, People of Colour und verschiedene Altersgruppen. Es wurden bereits Fälle bearbeitet. Weiter bietet die Partei ihren Exponent:innen Unterstützung bei Hatespeech (Hassrede, insbesondere online, aber auch Drohungen per Brief etc.) an.

Natürlich gibt es immer noch Verbesserungsmöglichkeiten, aber die Partei ist in den letzten Jahren deutlich inklusiver und gleichgestellter geworden. Die Sensibilität hat auf allen Ebenen zugenommen, und es wurden zahlreiche konkrete Massnahmen ergriffen. Die Resolution formuliert jedoch eine pauschale Kaskade von Vorwürfen – dies lehnen wir ab.

**Beschluss des Parteitags:** Ablehnung.

### **R-6 Max Kranich und andere: Rechtsextreme Angriffe auf queere Personen und Lebensweisen bekämpfen!**

**Luca Dahinden** stellt die Resolution vor, indem er auf den 26. Oktober 2022 zurückblickt, auf den Tag, an welchem eine rechtsextreme Gruppierung in Zürich eine Veranstaltungsreihe «Drag Story Time» störte. Die SVP lancierte den Wahlkampf gegen den sogenannten «Genderwahn», was einem Angriff auf queere Lebensweisen gleichkommt. Angriffe auf queere Personen nehmen zu, die physischen und psychischen Auswirkungen sind nicht zu unterschätzen. Die SP soll sich gegen die Banalisierung rechtsextremer Angriffe einsetzen und in die Offensive gehen. Die SP Schweiz muss sich zusammen mit den Kantonalparteien für eine Sensibilisierung in Kindergärten und Schulen einsetzen.

Cédric unterstreicht die Worte von Luca mit den Worten, welche er bei der JUSO gelernt hat: Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen, dem entschieden entgegengetreten werden muss.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme

**Beschluss des Parteitags:** Annahme.

### **Vorstellung SP queer**

Max Kranich und Mélanie Rufi stellen die SP queer vor, indem sie Einblick in ihre Zukunftsprojekte und Pläne geben.

### **8.3 «Öl. Und Gaslobby stoppen, Klimaschutz stärken»**

#### **Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Gegenvorschlag Gletscher-Initiative)**

**Roger Nordmann** und **Ursula Schneider-Schüttel** stellen die Vorlage vor. Zur Klimakrise ist nun noch eine geostrategische Krise dazugekommen, ein weiteres Argument, weshalb rasch gehandelt werden muss. Es kann nicht sein, dass die SVP zusammen mit der Öl- und Gaslobby die Klimakrise verharmlost. Die Energiewende mit dem Ausbau erneuerbarer Energien muss vorangetrieben werden und die Abstimmung auf jeden Preis gewonnen werden.

Es folgen Wortmeldungen von Giuliana Foken und Heini Glauser, welche nochmals die Wichtigkeit dieser Vorlage betonen.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ja-Parole.

**Beschluss des Parteitags:** Ja-Parole.

## 9. Politische Aktualitäten: Jahrestag der russischen Invasion

Rebekka Wyler begrüsst Alla Sarbach, Vertreterin des Ukrainischen Vereins in der Schweiz, und Olena Halter, ebenfalls Vertreterin des Ukrainischen Vereins in der Schweiz. Niemand dachte, dass dieser Krieg wirklich kommen würde. Und noch schlimmer ist, dass der Krieg andauert. Am 4. März findet eine gesamtschweizerische Friedensdemo in Bern statt.

Es folgen die Reden von Alla Sarbach und Olena Halter.

**Alla Sarbach** bedankt sich bei der Schweizer Bevölkerung und insbesondere auch bei der SP für die bereits geleistete Unterstützung. Dennoch bleiben die Herausforderungen immens. Eine Forderung zum ersten Jahrestag ist, dass die Schweiz für die Einziehung russischer Gelder eine Rechtsgrundlage schaffen muss. Diese Gelder sollen für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden. Des Weiteren sollen die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Sie beendet ihre Rede mit den Worten: Ohne Sieg der Ukraine kann es keinen Frieden in Europa geben.

**Olena Halter** gibt Einblick in den Kriegsalltag der traumatisierten ukrainischen Bevölkerung, welcher mit unzähligen und unvorstellbaren Verlusten einhergeht. Des Weiteren weist sie auf die vielen Probleme der Geflüchteten in der Schweiz hin und auf die Lücken in der Migrationspolitik.

## 10. Parolenfassung zu eidg. Abstimmungen

### Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Gegenvorschlag Gletscher-Initiative)

Die Parole zum Klimaschutz-Gesetz wurde unter Traktandum 8.3. gefasst.

### Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft)

**Samuel Bendahan** stellt die Vorlage vor und hält fest, dass es dem Präsidium und dem Parteirat nicht leichtfiel, eine Position festzulegen. Es geht um die Besteuerung grosser Unternehmen, was eigentlich ein Projekt im Sinne der Linken ist, und weshalb Ja gesagt werden müsste. Denn die SP kämpft seit Jahrzehnten für eine materielle Steuerharmonisierung für Konzerne und gegen Steuerdumping. Und dennoch gäbe es auch gute Gründe, die von den Rechten ausgearbeitete Reform abzulehnen, da die Umsetzung keinesfalls den Menschen in diesem Lande zugutekommt. Die Umverteilung ist unfair, denn mit der vorliegenden Vorlage würden vor allem die Steuerdumping-Kantone profitieren. Aufgrund dessen, dass weder ein Ja noch ein Nein gerechtfertigt wären, hat der Parteirat beschlossen, dem Parteitag Stimmfreigabe zu empfehlen. Die SP wird für eine Erhöhung der Steuern für Konzerne kämpfen, aber zuerst müssen wir uns für die Kaufkraft der Menschen und für den Service Public einsetzen.

Bevor die Parole gefasst wird, folgen Wortmeldungen von Levin Koller, Marcel Budmiger, David Roth, Micha Amstad, Fabian Molina, Sandro Trapani, Hannah Pfalzgraf, Jana Kürzi, Ismail Prada, Jacqueline Badran und Nicola Sigrist.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Stimmfreigabe.

**Beschluss des Parteitags:** Mit 112 Stimmen für Stimmfreigabe versus 240 für die Nein-Parole bei 11 Enthaltungen wird die Nein-Parole gefasst.

## 11. Lancierungen und Unterstützungen von Initiativen und Referenden

### A-3 zu den Eckwerten der Finanzplatz-Initiative (Arbeitstitel)

**Jon Pult** stellt den Antrag des Präsidiums vor, indem er einen Dreiphasenplan für die bevorstehenden «Klima-Herausforderungen» darlegt. Als Erstes muss am 18. Juni die Klimagesetz-Abstimmung gewonnen werden. Zweitens muss die bereits in Sammlung befindende Klimafonds-Initiative vorangetrieben werden, mit dem Ziel der Schweizer Dekarbonisierung und Klimaneutralität. Und als dritte Stufe kommt die Finanzplatz-Initiative dazu, ein Bereich, in dem wir dringend aktiv werden müssen, da die Schweiz einer der grössten Finanzplätze weltweit ist. Ziel ist ein breites Allianz-Projekt, weshalb vorerst die Eckwerte präsentiert werden. Der Schweizer Finanzplatz muss sich an den Zielen der Nachhaltigkeit, der Klimaneutralität und der globalen Gerechtigkeit ausrichten, wobei es beim Punkt Klimaneutralität einer konkreten Regelung zu den Auslandstätigkeiten bedarf. Jon bedankt sich bei allen Involvierten für die Ausarbeitung der vorliegenden Eckwerte, insbesondere bei Lea Trogrlic und Jessica Gauch.

**Céline Widmer** ergänzt Jon, indem sie nochmals betont, dass für die Schweiz mit dieser Initiative ein enormer Hebel für den Klimaschutz vorliegt. Mit dem gesetzten Fokus auf die Klimaauswirkungen und dem Kernelement der Initiative, den Transitionsplänen, liegen gute Instrumente vor, um die Finanzinstitute in die Pflicht zu nehmen. Sie sollen aufzeigen müssen, in welchen Bereichen sie reduzieren.

### Antrag Mario Carera (Ergänzung mit zusätzlicher Initiative)

**Mario Carera** bedankt sich für die vorliegenden Eckwerte der Initiative und beantragt eine Ergänzung, indem Abklärungen zu einer zusätzlichen Initiative zur globalen Gerechtigkeit, zu illegalen Geldflüssen aus Entwicklungsländern und Fluchtgeldern geprüft werden soll.

**Jon Pult** begründet, weshalb das Präsidium diesen Antrag ablehnt, obwohl das Präsidium keine inhaltlichen Differenzen mit dem Antrag hat. Der Verein Konzernverantwortung, in welchem die SP Einsitz hat, plant bereits eine «Konzernverantwortungsinitiative 2.0», worin der zentrale Punkt die globale Gerechtigkeit sein soll. Selbstverständlich wird die SP in diesem Projekt mitarbeiten, aber nicht den Lead übernehmen.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung.

**Beschluss des Parteitags:** Grossmehrheitliche Ablehnung.

### Antrag Leo Keller (Parteitag und nicht Parteirat soll abschliessend entscheiden)

**Leo Keller** hält fest, dass es sich wohl um das wichtigste wirtschaftspolitische Projekt der SP der letzten zehn Jahre handelt. Gemäss vorliegendem Antrag soll heute Ja zu den Eckwerten gesagt werden und alles Weitere an den Parteirat delegiert werden. Das sei statutenwidrig, da für die Lancierung von Initiativen der Parteitag und für die Unterstützung von Initiativen der Parteirat zuständig sei. Deshalb beantragt Leo die Änderung, dass nicht der Parteirat am Schluss entscheiden soll, sondern der Parteitag. Aufgrund der neuen Statuten mit den zweimal jährlich stattfindenden Parteitagen bestehe seines Erachtens kein terminliches Problem, sondern der Parteitag habe die Gelegenheit, zum definitiven Initiativtext Stellung zu nehmen.

**Jon Pult** nimmt für das Präsidium Stellung und hält fest, dass es aus formaler Sicht nicht statutenwidrig ist, als Parteitag die Kompetenz an den Parteirat zu delegieren. Das Präsidium empfiehlt aufgrund der zeitlichen Perspektive und der geforderten Flexibilität, den Antrag abzulehnen, und ist sich bewusst, dass dies einen gewissen Vertrauensvorschuss verlangt. Er verspricht, dass ein maximal kompetentes Team an der Initiative weiterarbeitet. Wichtige Inputs werden jederzeit entgegengenommen und geprüft.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung.

**Beschluss des Parteitags:** Deutliche Ablehnung.

**Antrag Leo Keller** (Einbezug der betroffenen Themenkommission)

**Leo Keller** stellt seinen zweiten Antrag vor, welcher einen neuen Punkt «d» fordert und vorsieht, dass interessierte Finanzfachleute unter den SP-Mitgliedern und in den Sektionen im weiteren Prozess in die Arbeit am Initiativtext einbezogen werden.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Grossmehrheitliche Annahme.

**Schlussabstimmung Finanzplatz-Initiative**

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Grossmehrheitliche Annahme.

**R-7 Neues Sonderrecht für einzelne Konzerne**

**Samuel Bendahan:** Die Situation wird mit jeder Steuerreform schlimmer. Wenn die Vorlage so bleibt, wird die SP das Referendum ergreifen.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Die Resolution wird einstimmig angenommen und das Referendum (falls nötig) beschlossen.

**Unterstützung Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht» (Aktion Vierviertel)**

**Arber Bullakaj** stellt die Initiative «Für ein modernes Bürgerrecht» vor, indem er verschiedene absurde Fragen von Einbürgerungsgesprächen aufzählt. «Nennen Sie mir drei Käsesorten?» «Wie oft beten Sie?» «Nennen Sie mir die Beizen von Oberried?» Die Schweiz hat wohl eines der restriktivsten Einbürgerungsrechte Europas. Über zwei Millionen Menschen leben und arbeiten in der Schweiz, zahlen Steuern und haben dennoch nichts zu sagen. Und wenn sie in Armut rutschen, droht sogar eine Ausschaffung. Es ist höchste Zeit für ein Bürger:innenrecht, das den Ansprüchen der Schweizer Demokratie gerecht wird.

Es folgt eine Wortmeldung von Bruno Zanvit.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Unterstützung

**Beschluss des Parteitags:** Annahme.

## 12. Anträge und Resolutionen

### **R-8 Kelmy Martines und andere: Angesichts der Wohnungsnot besteht die Dringlichkeit einer bundesweiten sozialdemokratischen Wohnungspolitik**

**Kelmy Martinez** stellt die Resolution vor. Es ist beschämend, dass der Zugang zu Wohnungen nicht mehr für alle gewährleistet ist. Notschlafstellen sind sicherlich gut, dennoch braucht es zwingend eine sozialdemokratische Wohnungspolitik.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Annahme.

**Beschluss des Parteitags:** Annahme.

### **R-9 der JUSO: Regierung oder Opposition? Die Frage der Bundesratsbeteiligung**

**Nicola Siegrist** stellt die Resolution vor und hält fest, dass der aktuelle Bundesrat in der Aussenpolitik, in der Finanz- und Steuerpolitik, in der Gleichstellungspolitik und in der Klimapolitik scheitert. Es ist Zeit, dass die SVP- und FDP-Blockaden im Bundesrat gestoppt werden. Es braucht mehr linke Vertreter:innen, welche Lösungen in den Bereichen Klima, Kaufkraft, Feminismus und Menschenrechte haben. Eine vergleichbar Situation gab es vor 70 Jahren, als die SP aus dem Bundesrat ausgetreten ist. Wenn wir gewinnen als Gesamtlinke, dann müssen drei linke Bundesratssitze gefordert werden, dies das Ziel der Resolution.

Es folgen Wortmeldungen von Urs Huber, Anna Miotto, Allan Boss und Thomas Bruchez, bevor David Roth das Schlusswort für das Präsidium erhält.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung.

**Begründung:** Der Parteirat hat die Resolution der JUSO sorgfältig geprüft und diskutiert. Insbesondere der zweite Punkt der Forderungen (Rückzug unserer zwei Bundesrät:innen) widerspricht allen Gepflogenheiten der Partei und des demokratischen Systems. Hinzu kommt, dass niemand von uns das Wahlergebnis von Oktober 2023 voraussagen kann – die Diskussion kann ehrlicherweise erst dann geführt werden. Da die Hauptforderung der Resolution nicht erfüllbar ist, lehnt der Parteirat die Resolution als Ganzes ab. Selbstverständlich werden Parteipräsidium und Parteirat ihren Beitrag leisten zu einer besseren Vertretung der fortschrittlichen Kräfte in der Landesregierung. Die Partei wird die kritisch-solidarische Zusammenarbeit mit unseren Vertreter:innen im Bundesrat weiter pflegen, wie dies auch von der JUSO gefordert wird.

**Beschluss des Parteitags:** Grossmehrheitliche Ablehnung.

### **R-10 Simon Jacob: Kein Frieden mit Faschisten – Waffenlieferungen für die Selbstverteidigung der Ukraine!**

**Simon Jacob** stellt die Resolution vor und hält fest, dass die Schweiz nur auf dem Papier neutral ist und die Schweizer Neutralität nur Putin hilft und man deshalb in dieser Situation nicht neutral sein sollte. Das Leid, welches der Krieg schafft, ist unendlich und kann nur gestoppt werden, wenn Russland aus der Ukraine abzieht. Dies kann aber nicht allein über Sanktionen geschehen, weshalb die Schweiz Kampffjets und Panzer liefern sollte.

Es folgen Wortmeldungen von Alessio Porriciello, Rolf Zimmermann, Michael Olivo, François Mireval, Andrej Markovic, Andreas Burckhardt und Miroslav Ondras.

Die Schlussvoten für das Präsidium halten Fabian Molina und Cédric Wermuth.

**Empfehlung des Präsidiums der SP Schweiz:** Ablehnung.

**Begründung:** Die Schweiz hat als global wichtiger Rohstoff- und Finanzhandelsplatz eine zentrale Rolle darin, den Angriffskriegs des Putin-Regimes gegen die Ukraine nicht mitzufinanzieren. Hier besteht der grösste Hebel der Schweiz und deshalb muss hier angesetzt werden, wenn sich die Schweiz wirklich für einen möglichst raschen Frieden in der Ukraine einsetzen will. Deshalb setzte sich die SP für eine rasche Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland ein und hielt den Druck aufrecht, damit diese Sanktionen auch richtig umgesetzt werden (siehe z.B. [Motion 22.3214](#); [Motion 22.4279](#); [Aufsichtsbeschwerde zuhanden des Bundesrates](#)). Generell setzt sich die SP konsequent dafür ein, dass der Schweizer Rohstoff- und Finanzplatz seine globale Verantwortung wahrnimmt.

Die Frage der Neutralität muss in Neutralitätspolitik und Neutralitätsrecht unterteilt werden. Bei der Neutralitätspolitik besteht ein bedeutender Handlungsspielraum, beim Neutralitätsrecht nicht. Neutralitäts*politisch* ist die SP klar der Ansicht, dass die Schweiz mit der Verhängung der Sanktionen sowie mit der Einfrierung und rechtsstaatlich einwandfreien Beschlagnahmung der Oligarchengelder Position beziehen muss für die Staatengemeinschaft und gegen den Aggressor und Völkerrechtsbrecher Russland (mehr dazu im [SP-Neutralitätspapier, 2022](#)).

Das Neutralitäts*recht*, konkret das Haager Abkommen, verbietet es neutralen Staaten wie der Schweiz, Kriegsmaterial direkt an ein Land zu exportieren, welches in einen internationalen bewaffneten Konflikt involviert ist (ausser die Kriegsparteien werden gleichermassen behandelt, was konkret Waffenlieferungen an die Ukraine *und* Russland im gleichen Ausmass bedeuten würde – was einem *de facto* Verbot gleichkommt, da Waffenlieferungen an Russland selbstverständlich ausgeschlossen sind). Das Neutralitätsrecht ist in diesem Punkt klar und lässt keinen Handlungsspielraum offen. Die SP bekennt sich zum Neutralitätsrecht – ist es doch Teil des Völkerrechts und erlaubt es der Schweiz in der Praxis u.a. oftmals, ihren Teil zu Friedensverhandlungen beizutragen. Die SP lehnt es ab, nur einen Teil des Völkerrechts zu befolgen, andere Teile (wie das Neutralitätsrecht) jedoch nicht. Denn das Völkerrecht stellt die globale Friedensordnung dar. Da es völkerrechtlich, d.h. neutralitätsrechtlich, verboten ist, als neutrales Land Waffen an die Ukraine zu liefern, wird die vorliegende Resolution zur Ablehnung empfohlen. Statt sich auf einem Nebenschauplatz – den Waffenlieferungen – zu verlieren, sollte der Hebel dort angesetzt werden, wo er am grössten ist: Bei der Regulierung des Schweizer Rohstoff- und Finanzplatzes und der entsprechend konsequenten Umsetzung der Sanktionen gegen Russland.

**Beschluss des Parteitags:** Grossmehrheitliche Ablehnung.

### 13. Div. Mitteilungen

**Susanne Clauss** informiert, dass sie gegen das Jagdgesetz das Referendum ergriffen haben. Man kann bei ihr unterschreiben, sie hat Bögen dabei.

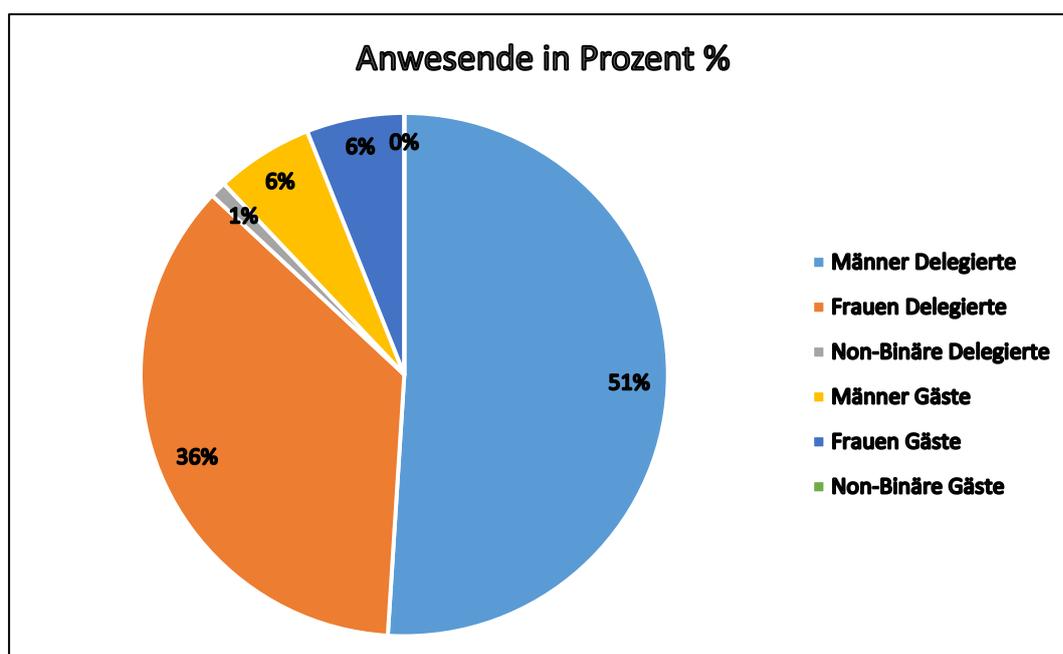
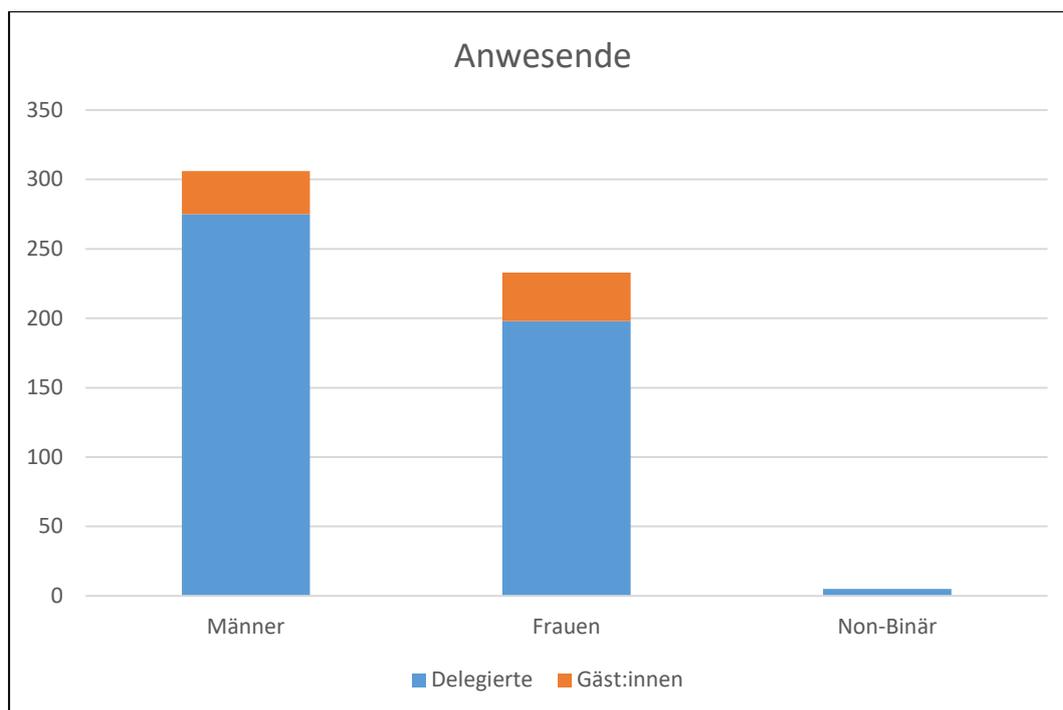
Rebekka dankt der SP Kanton Freiburg für die Gastfreundschaft sowie dem Kanton Freiburg für den Wein zum Apéro. Des Weiteren dankt sie den Übersetzer: innen, dem Team von Stefan x-Light für die Technik, sowie dem Zentralsekretariat. Es wird nochmals darauf hingewiesen, die Kopfhörer zurückzugeben.

Mattea bedankt sich bei Rebekka und Tom.

## Gender-Watch-Protokoll

### Anzahl anwesende Teilnehmer:innen

	Delegierte (eingescheckt)	Gäst:innen (eingescheckt)	Total
<b>Männer</b>	275 = 51%	31 = 6%	306 = 56%
<b>Frauen</b>	198 = 36%	35 = 6%	233 = 43%
<b>Non-Binär</b>	5 = 1%	0 =	5 = 1%
<b>Total</b>	<b>478 = 88%</b>	<b>66 = 12%</b>	<b>544 = 100%</b>



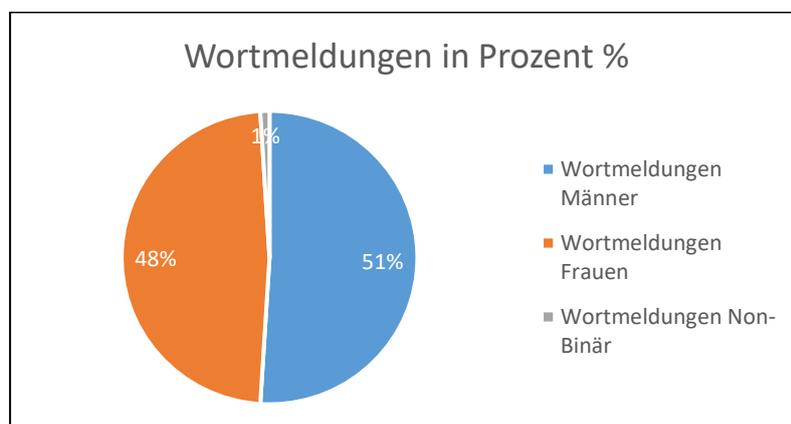
## Detailauswertung nach Wortmeldungen und Redezeit (inklusive Reden)

### Total Wortmeldungen nach Zeit und Anzahl Voten

	Nach Zeit und in %	Nach Anzahl Voten und in %
<b>Total Wortmeldungen Männer</b>	171 Minuten = 2 Stunden 51 Minuten = 51%	62 = 59%
<b>Total Wortmeldungen Frauen</b>	162 Minuten = 2 Stunden 42 Minuten = 48%	42 = 40%
<b>Total Wortmeldungen Non-Binär</b>	2 Minuten = 1%	1 = 1%
<b>Total Wortmeldungen</b>	5 Stunden 35 Minuten	105

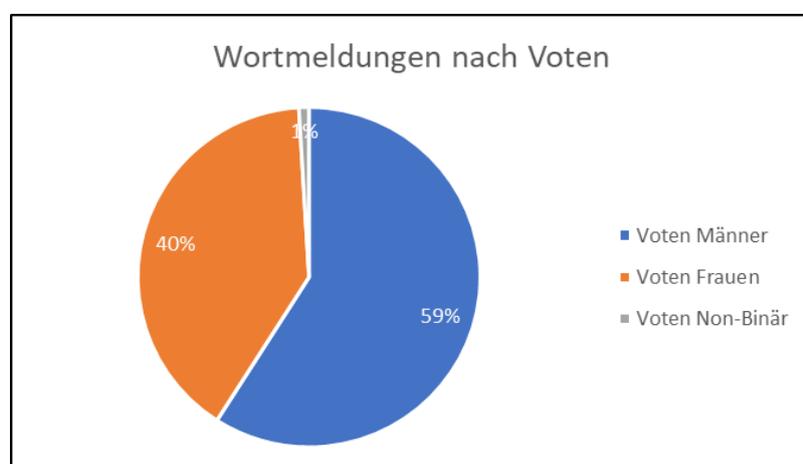
### Wortmeldungen Total nach Zeit

	Total
<b>Wortmeldungen Männer</b>	2 Stunden 51 Minuten = 51%
<b>Wortmeldungen Frauen</b>	2 Stunden 42 Minuten = 48%
<b>Wortmeldungen Non-Binär</b>	2 Minuten = 1%
<b>Total</b>	5 Stunden 35 Minuten



### Wortmeldungen Total nach Voten

	Total
<b>Voten Männer</b>	62 = 59%
<b>Voten Frauen</b>	42 = 40%
<b>Voten Non-Binär</b>	1 = 1%
<b>Total</b>	105



## Detailauswertung Samstag, 25. Februar 2023

### Positionen

GL = Präsidium, Parteirat

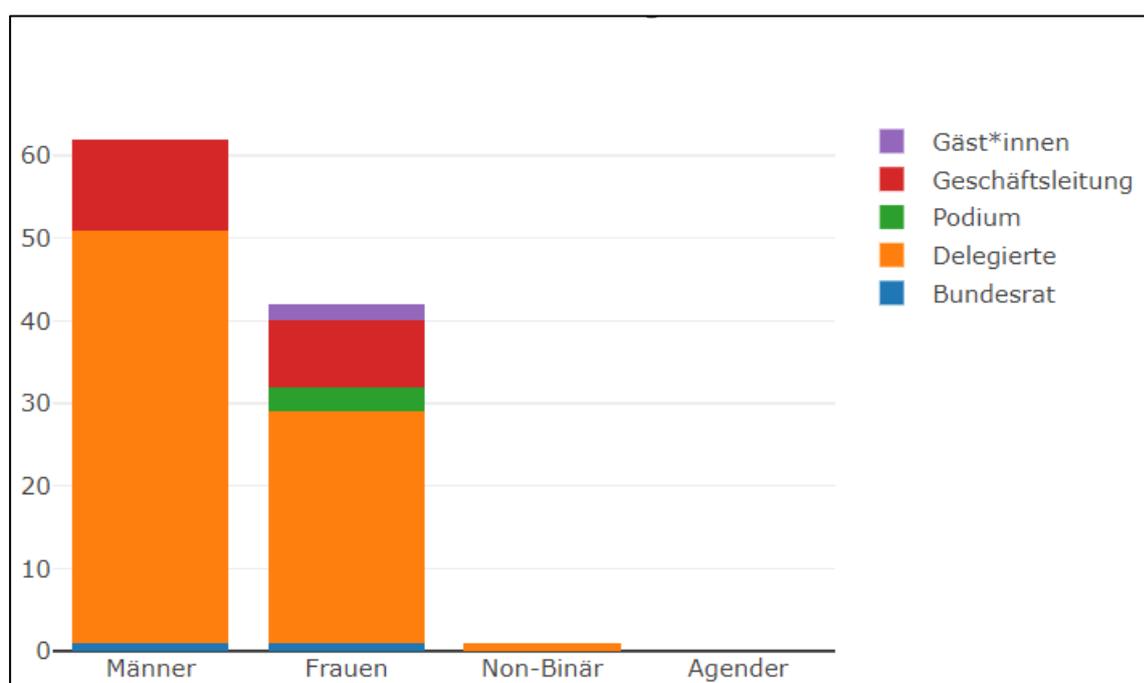
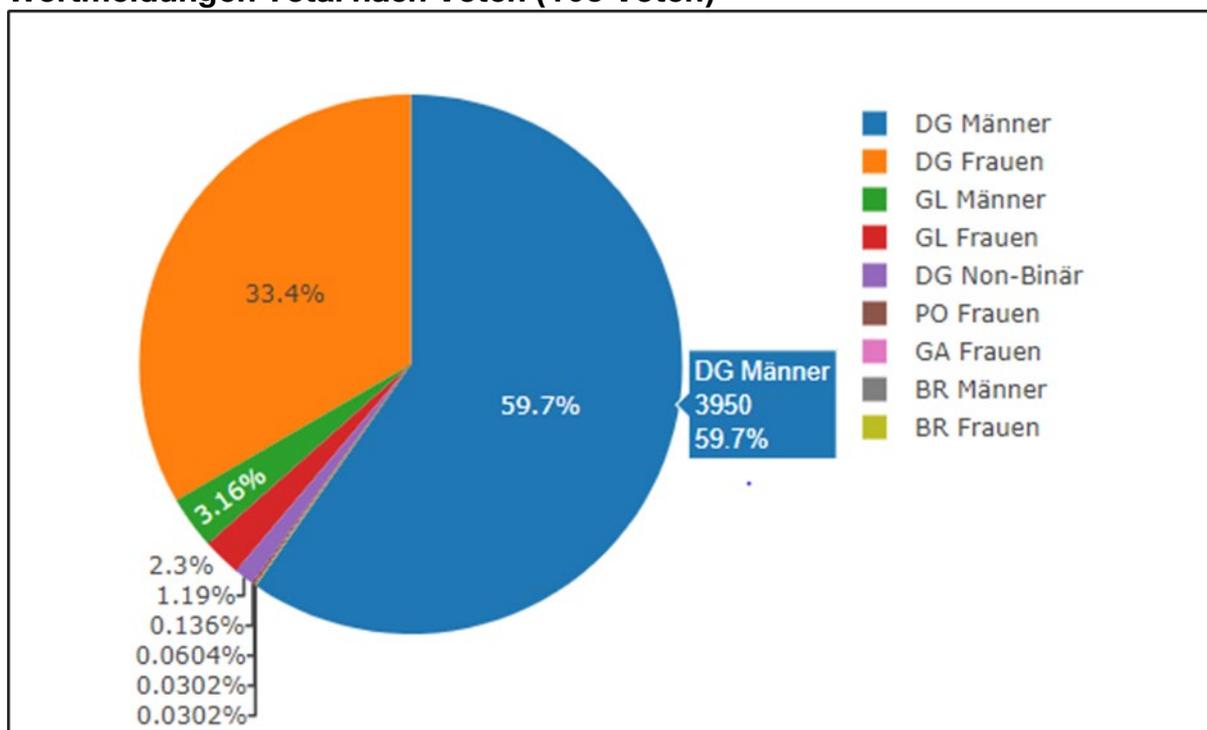
DG = Delegierte

GA = Gäst:innen

PO = Podium

BR = Bundesrat

### Wortmeldungen Total nach Voten (105 Voten)



## Wortmeldungen Total nach Zeit (5 Stunden 35 Minuten)

